Ankommen in Berlin | Seite 3
Geflüchteten-Hilfe im Bezirk

Arbeiten im Bezirk | Seite 4–5
DIE LNKE für »Gute Arbeit«

Autobahn im Kiez | Seite 8
Weiterbau der A100 stoppen

#03 klar.links
Mai/Juni 2022
32. Jahrgang

Meine Sicht.

Foto: Bianca Theis

Kein Weiterbau der A100!

Schon einmal mit dem Fahrrad auf der Autobahn gefahren? Nein? Auf den vielen Fahrraddemonstrationen gegen den Weiterbau der Stadtautobahn A100 sind schon so einige Berlinerinnen und Berliner in den Genuss gekommen. DIE LINKE Berlin will nun prüfen, ob der bereits im Bau befindliche 16. Bauabschnitt der A100 in eine Stadtstraße mit Radschnellweg umgewandelt werden kann.
Egal, wie wir es persönlich lieber mögen, fest steht: Um den Klimawandel aufzuhalten, müssen wir unseren CO_2-Verbrauch senken und das heißt auch, unsere Mobilität umzustellen. In den vergangen 20 Jahren ist der private PKW-Verkehr allerdings um 20 Prozent gestiegen. Diesen Trend müssen wir umkehren und statt des Autoverkehrs, die Alternativen zum Auto stärken – also den Radverkehr und den ÖPNV. Wer aber stattdessen 700 Millionen Euro pro drei Kilometer in den teuersten Autobahnabschnitt Deutschlands stecken will, geht in die völlig falsche Richtung. Dass die Ampel im Bund nun gegen den Willen der Berliner Regierung den Bau der A100 vom Treptower Park bis nach Lichtenberg fortsetzen will, ist Rückschritt statt Fortschritt. Das 21. Jahrhundert sollte das Zeitalter des Rückbaus werden. Paris, Seoul und New York City haben bereits umgedacht. Machen wir es ihnen nach.

Kerstin Wolter, Co-Bezirksvorsitzende der LINKEN Friedrichshain-Kreuzberg

Aus der Krise nichts gelernt?

Arbeitsverhältnisse müssen für alle Beschäftigten besser abgesichert werden

In der Corona-Pandemie zeigte sich einmal mehr, wie wichtig ein starker Sozialstaat ist, der Schutz vor Arbeitslosigkeit und umfassende soziale Absicherung garantiert. Zugleich wurde aber deutlich, dass in Deutschland viel zu viele Beschäftigte von diesem sozialen Netz nicht aufgefangen werden. Befristete Beschäftigungsverhältnisse wurden in der Krise einfach auslaufen gelassen, Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter von heute auf morgen abbestellt. Wer einen Minijob hatte, musste plötzlich feststellen, wie fatal es ist, von großen Teilen der sozialen Sicherungssysteme ausgeschlossen zu sein und beispielsweise kein Kurzarbeitergeld beziehen zu können. Solo-Selbständige wurden, da ihre Tätigkeit nicht sozialversicherungspflichtig ist, direkt auf Hartz IV verwiesen oder waren gezwungen, ihre meist geringen Rücklagen fürs Alter aufzubrauchen. Das alles sind keine Einzelfälle. Nein, sie haben System. Sie sind die anhaltenden Folgen der neoliberalen Deregulierung des Arbeitsmarktes unter der rot-grünen Bundesregierung mit ihrem Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) vor knapp 20 Jahren und der Weigerung der darauffolgenden Regierungen, wieder für eine umfassende soziale Absicherung zu sorgen.
Dass es sich nicht bloß um Einzelfälle handelt, zeigen auch die jüngsten Statistiken: Demnach war zuletzt jeder dritte Arbeitsvertrag bei Neueinstellungen zeitlich befristet. Allein dies betraf rund 1,25 Millionen Beschäftigungsverhältnisse. Fast eine Million Beschäftigte befanden sich in Leiharbeit und mehr als 2 Millionen in Solo-Selbständigkeit, also die Hälfte der Selbständigen. Rund 4,5 Millionen Beschäftigte arbeiteten zuletzt ausschließlich geringfügig auf Minijobbasis.
Spätestens jetzt, über zwei Jahre nach Ausbruch der Pandemie, wäre es an der Zeit, dass auch die neue Ampel-Regierung diese Zukunftsfragen angeht. Doch weit gefehlt: Der Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP gleicht hier einem Offenbarungseid. Bei Leiharbeit und Befristungen soll weitestgehend alles beim Alten bleiben, einzig im Öffentlichen Dienst sind hier Verbesserungen angekündigt. Für Solo-Selbständige ist weiterhin keine soziale Absicherung vorgesehen und Minijobs will die Ampel-Koalition nicht besser absichern, sondern sogar ausweiten. Das zeigt einmal mehr, wie wenig aus der Pandemie bisher gelernt wurde. Als DIE LINKE werden wir im Deutschen Bundestag weiter Druck machen, dass sich dies endlich ändert, für eine Zukunft der Arbeitswelt, in der alle Beschäftigungsverhältnisse sozial abgesichert sind.

Foto: Olaf Kosteritz

Pascal Meiser, Mitglied des Deutschen Bundestags

Solidarität mit allen Geflüchteten!

Für DIE LINKE ist klar: Das Recht auf Asyl und Schutz gilt für alle und zwar unabhängig der Staatsbürgerschaft

Foto: GillyBerlin/flickr.com

Nach dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Putins auf die Ukraine folgte eine der größten Fluchtbewegungen Europas der letzten Jahrzehnte, die weiterhin andauert. Die Europäische Union und Deutschland haben zurecht sofort ihre Aufnahmebereitschaft und Solidarität erklärt und die Geflüchteten wurden und werden nicht nur durch die vielen Ehrenamtlichen, denen großer Dank gebührt, sondern auch durch staatliche Strukturen willkommen geheißen. Das ist großartig und darüber freue ich mich sehr.
Gleichzeitig werden jedoch auch Erinnerung an 2015 und die Folgejahre wach, als Deutschland und Berlin eine ebenfalls große Fluchtbewegung vor allem aus Syrien und den Anrainerstaaten aber auch aus Afghanistan und einigen afrikanischen Staaten erreichte. Das macht nachdenklich und zugleich auch wütend. Zwar entstand damals deutschlandweit eine große zivilgesellschaftliche Willkommensbewegung, aber dem berühmten Satz der damaligen Kanzlerin Angela Merkel »wir schaffen das« folgte vonseiten der Regierungen unmittelbar eine Abschottungspolitik auf europäischer Ebene und auch in Deutschland. Der Diskurs hierzulande wurde geprägt von notwendigen »Obergrenzen«, die es bekanntlich bei dem Grundrecht auf Asyl nicht geben kann und von völkerrechtswidrigen Schnellverfahren in Ankerzentren, die der Abschreckung dienen sollten. Seehofer und andere sinnierten außerdem darüber, dass man genau wissen müsse, wer ins Land komme, da die Gefahr vor Einwanderung von Terroristen bestünde und auch »eine Einwanderung in deutsche Sozialsysteme« müsse verhindert werden.

Nicht vergessen ist auch die Debatte um den von der Kölner Polizei im Anschluss an die Ereignisse der dortigen Silvesternacht 2015/2016 geprägten rassistischen Begriff der sogenannten »Nafris«, wobei es sich laut Polizei um »Nordafrikanische Intensivtäter« handele.
Damals wurden etliche Asylrechtsverschärfungen beschlossen: Dem Asylpaket I von 2015 folgte nur ein Jahr später das Asylpaket II und im Jahr 2019 das Migration-Paket, welches mit dem »Geordnete-Rückkehr-Gesetz« ebenfalls Verschärfungen enthielt. Durch die 2016 erfolgte Aussetzung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten, zu denen ein großer Teil der ankommenden Syrer*innen zählte, blieben Familien lange Zeit auseinandergerissen. Ergebnis der Abschottungsbemühungen auf EU-Ebene war der schmutzige EU-Türkei-Deal, mit dem das für etliche Menschenrechtsbrüche vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte verurteilte Erdoğan-Regime beauftragt wurde, Menschen an der Flucht in die Europäische Union zu hindern.
Ein Teil dieser Narrative wirken noch heute nach, was sich beispielsweise durch die Aussage der Regierenden Bürgermeisterin Franziska Giffey ausdrückt, wenn sie ausführt, dass viele der jetzt ankommenden Menschen nicht zuerst nach Sozialleistungen, sondern nach Arbeit fragten.
Was ist der Unterschied zwischen damals und heute? Dass es sich jetzt überwiegend um christlich geprägte Menschen handelt, die als weiß und dem »eigenen Kulturkreis« nah angesehen werden und es sich damals um Menschen aus muslimisch geprägten Ländern und aus dem globalen Süden handelte?
Und selbst jetzt besteht eine Ungleichbehandlung von Schwarzen Menschen, Romn*ja und Sinti*zze und andere Menschen of Colour, die ebenfalls vor dem Krieg aus der Ukraine fliehen, aber keine ukrainische Staatsbürgerschaft haben. Nicht nur, dass sie in deutschen Zügen stigmatisierenden Polizeikontrollen und verschiedenen anderen Diskriminierungen ausgesetzt sind, so ist für diejenigen, die aus sogenannten »sicheren Herkunftsstaaten« kommen, von der Bundesregierung bisher keine Bleiberechtsperspektive vorgesehen. Das darf nicht so bleiben, denn es sind alles Kriegsflüchtlinge und wenn der Bund nicht hilft, müssen progressiv regierte Bundesländer wie Berlin vorangehen und aufenthaltsrechtliche Lösungen bieten.
Für uns kann es keine Unterscheidung in »gute« und »schlechte« Geflüchtete geben. DIE LINKE solidarisiert sich mit allen Menschen, die vor Krieg, Verfolgung und Not fliehen. Aufnahme und Unterstützung für alle betrachten wir als eine humanitäre Pflicht und das muss auch für alle demokratischen Kräfte gelten!

Foto: vdM

Elif Eralp, Mitglied im Abgeordnetenhaus für DIE LINKE

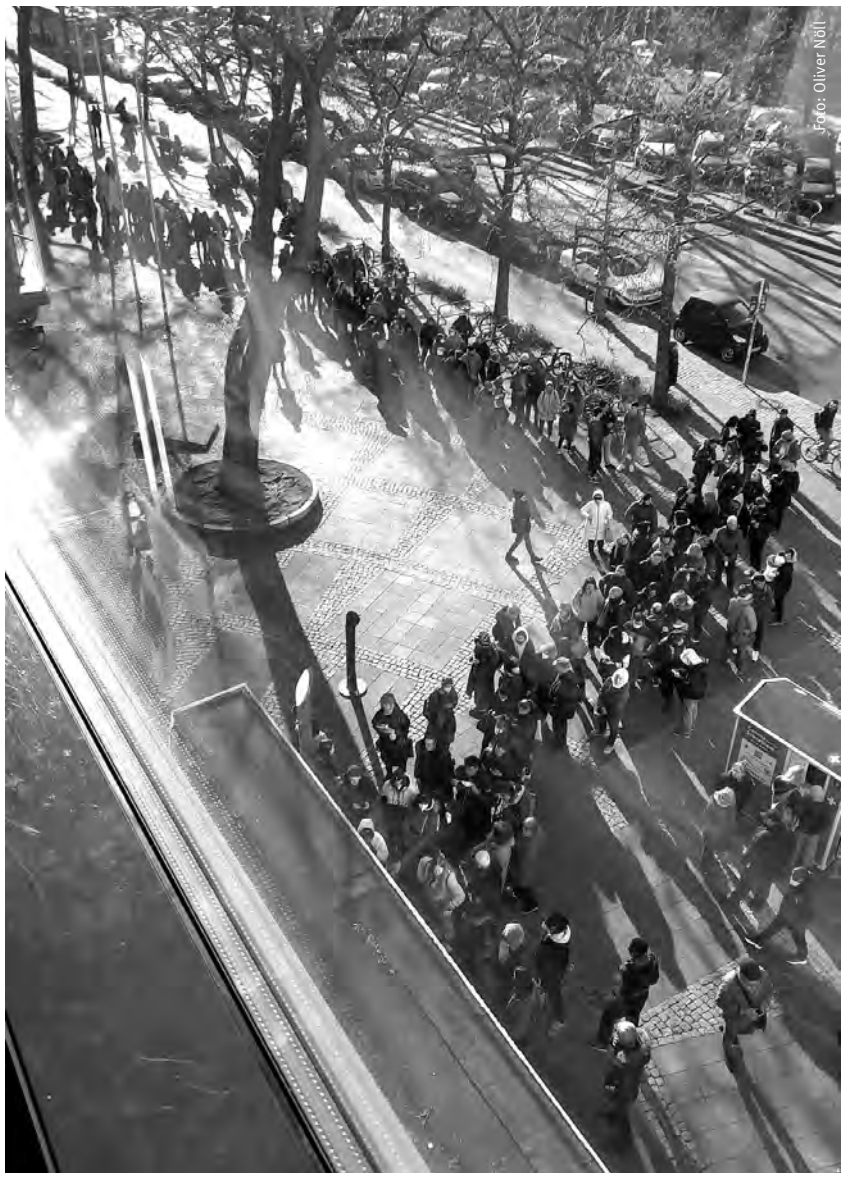
Unser neuer Bezirksvorstand

DIE LINKE Friedrichshain-Kreuzberg hat im März einen neuen Bezirksvorstand gewählt. Der Bezirksvorstand ist das politische Leitungsgremium der LINKEN in Friedrichshain-Kreuzberg. Er wird alle zwei Jahre von der Hauptversammlung gewählt und umfasst aktuell neun Mitglieder (v.l.n.r.): ***Daniel Wittmer, Damiano Valgolio, Pascal Meiser*** *(Co-Vorsitzender)*, ***Bunhilde Van hove, Kerstin Wolter*** *(Co-Vorsitzende)*, ***Yvonne Hein, Judith Solty, Christoph Barta;*** *nicht im Bild:* ***Chris Tsialampanas***

Große Hilfsbereitschaft und viele Herausforderungen

Auch in Friedrichshain-Kreuzberg kommen täglich viele Menschen an, die vor dem grausamen Ukraine-Krieg fliehen. Damit die Menschen schnell versorgt werde, hilft das Bezirksamt wo es nur kann – steht aber auch vor ein paar Herausforderungen. Der Sozialstadtrat Oliver Nöll (DIE LINKE) berichtet.

Am 24. Februar 2022 hat der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine begonnen. Damit einher ging die Entscheidung der europäischen Union, die sogenannte »Massenzustromrichtlinie« in Kraft treten zu lassen, da absehbar war, dass ein solcher Krieg in Europa Flüchtlingsströme in Bewegung setzen würde, die es seit 1945 nicht mehr gegeben hat. In der Bundesrepublik ist diese Richtlinie mit dem §24 Aufenthaltsgesetz untersetzt, der den Geflüchteten einerseits größtmögliche Freizügigkeit und Zugang zum Arbeitsmarkt gewährt und andererseits sofortige Ansprüche nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bedingt, die durch die örtlichen Sozialämter zu erbringen sind.
Wenn das bis hierhin sehr juristisch, bzw. technisch klingt, so war trotzdem für den Bezirk sehr schnell erkennbar, dass hier eine große Herausforderung zu erwarten ist. Insbesondere deshalb, weil relativ schnell klar war, dass jeweils das Amt zuständig sein wird, wo die geflüchteten Menschen untergekommen sind. Bereits in der ersten Märzwoche wurde in Friedrichshain-Kreuzberg ein ehemaliges Hostel mit mehreren hundert Geflüchteten als Unterkunft genutzt, kurz darauf wurde das Tempohome in Kreuzberg mit Ukrainierinnen und Ukrainern belegt. Da unser Bezirk – und darauf können wir zu Recht stolz sein – sich zudem durch eine große Hilfsbereitschaft auszeichnet, haben wir mit einer recht hohen Anzahl an privaten Unterbringungen gerechnet. Diese Annahme hat sich letztlich als richtig erwiesen: Immerhin teilen sich die Bezirke von Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg die »Spitzenposition« was die Anzahl von Leistungsanträgen angeht. Zum Zeitpunkt der Entstehung dieser Zeilen sind bereits über 3.000 Familien mit ungefähr 4.000 Angehörigen im Sozialamt vorstellig geworden und haben Leistungen erhalten.
In einem unglaublichen Schulterschluss der Bezirkspolitik, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bezirksverwaltung, mit Ehrenamtlichen und Verbänden ist es gelungen, diese Herausforderung zu stemmen:



Vor dem Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg bilden sich lange Schlangen von Menschen, die vor dem Ukraine-Krieg flohen

Bereits seit Anfang März hat die Bezirksverordnetenversammlung ihren Sitzungssaal zur Verfügung gestellt. Dort werden inzwischen an fünf bis sechs Arbeitsplätzen Anträge aufgenommen. Die Räume im Foyer sind als Wartebereich genutzt und die Ankommenden werden von einem Träger betreut. Durch einen anderen Träger, sowie der Spende örtlicher Gastronomen, konnte zudem sichergestellt werden, dass während der unvermeidlich langen Wartezeiten gerade die Mütter und Kinder mit Getränken und Essen versorgt werden. Das Sozialamt hat Unterstützung aus allen Bereichen der Verwaltung erfahren. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anderer Ämter haben ausgeholfen, so dass einerseits die Öffnungszeiten zunächst an fünf, später an vier Tagen in der Woche gewährleistet werden konnten. So waren auch weiter reguläre Vorsprachen und Notfallversorgung möglich.
Absehbar sind weitere Ämter und Organisationseinheiten betroffen: Die hohe Zahl an Frauen, Minderjährigen, sowie Kindern werfen Fragen in Bezug auf Schulplätze, Willkommensklassen und Versorgung mit Kita-Plätzen auf. Der häufig prekäre Impfstatus ist ein Problem, welches das hiesige Gesundheitsamt zu bewältigen hat. Übrigens geht es hierbei nicht nur um die notwendigen Impfungen gegen COVID-19, nein, auch andere Impfungen sind notwendig, um beispielsweise den uneingeschränkten Zugang zu Schule und Kita gewähren zu können. So ist inzwischen in Deutschland eine Impfung gegen Masern verpflichtend.
Alle Ämter haben hierfür Stabsstrukturen etabliert. Diese koordinieren sich in zweimal die Woche stattfindenden Besprechungen, die vom politischen Bezirksamt in meiner Verantwortung durchgeführt werden. Neben Bedarfen an Räumen und Personal geht es auch darum, Informationsstände abzugleichen und Angebote für Geflüchtete bekannt zu machen. Inzwischen gibt es einen landesweiten Personalpool für die Bezirke, um kurzfristig und schnell temporäre Beschäftigungsverhältnisse schaffen zu können.
Nicht nur die Koordinierung der Aktivitäten der Ämter war uns von Beginn an wichtig – aus den Erfahrungen von 2015 wollten wir diesmal von Beginn an die freiwilligen und ehrenamtlichen Strukturen einbinden. Mit der Freiwilligenagentur WILLMA und »Kreuzberg hilft«, sowie »Friedrichshain hilft« sind wir im wöchentlichen Austausch und haben zudem via Chat die Möglichkeit, uns auch kurzfristig zu verständigen. Es ist unmöglich, diesen Artikel zu schreiben, ohne auch an dieser Stell nochmal ganz herzlich für deren Bereitschaft zu danken, sich für die vor Krieg und Bombenterror geflohenen Menschen zu engagieren.
Ebenso wichtig ist uns, die Bewohnerinnen und Bewohner unseres Bezirkes mit allen notwendigen Informationen zu versorgen, die privat Geflüchtete aufgenommen haben. Eine erste Videokonferenz mit fast 70 Teilnehmer:innen und allen Ämtern – angefangen beim Bürgeramt, um über melderechtliche Fragen zu informieren, über Gesundheit, Schule, Jugend bis hin zum Sozialamt – sowie den zuständigen Stadträt:innen hat ebenfalls bereits stattgefunden. Nach den Osterferien sollen zwei Präsenzveranstaltungen in den Stadtteilen folgen.
Zum Abschluss bleibt noch die Entscheidung der Landeschefs und der Bundesregierung zu begrüßen voraussichtlich ab dem 1. Juni 2022 die Versorgung auf SGB II und SGB XII umzustellen. Der Leistungskatalog – gerade in Hinblick auf die Integration und Unterkunftskosten – erscheint deutlich besser geeignet als das Asylbewerberleistungsgesetz. Ungeachtet dessen bleiben aus den oben genannten Gründen die Herausforderungen für den Bezirk immens.
Schließen möchte ich mit dem Wunsch, dass in der Ukraine bald die Waffen schweigen, der Wiederaufbau beginnen kann und Niemand mehr gezwungen ist, vor dem Krieg zu fliehen.

Oliver Nöll, stellv. Bezirksbürgermeister und Sozialstadtrat in Friedrichshain-Kreuzberg

+ + + GUTE ARBEIT + + + GUTE ARBEIT + + + GUTE ARBEIT + + + GUTE ARBEIT + + + GUTE ARBEIT + + + GUTE ARBEIT + +

Beratung und Vernetzung

Interview: Was macht Friedrichshain-Kreuzbergs »Beauftragte für Gute Arbeit«?

Seit November 2019 hat Friedrichshain-Kreuzberg als erster Bezirk eine »Beauftragte für Gute Arbeit«. Was sind Deine Aufgaben?
Romana: Erstens bin ich Ansprechpartnerin für Beschäftigte und biete Beratung und Expertise zu allen Fragen rund um das Arbeitsverhältnis, zu Entlohnung, Arbeitsbedingungen oder Mitbestimmung an. Zweitens arbeite ich mit Partner*innen wie dem DGB Kreisverband oder auch Beratungsstellen im Netzwerk Gute Arbeit zusammen. Dort diskutieren wir behördenübergreifend und praxisorientiert konkrete Probleme und organisieren Informationsveranstaltungen für Beschäftigte aber auch Betriebs- und Personalräte. Drittens gebe ich intern Anregungen für Verwaltungshandeln für mehr Gute Arbeit.

Was sind die größten Probleme der Beschäftigten im Bezirk?
Friedrichshain-Kreuzberg ist in seiner Wirtschaftsstruktur durch klein- und mittelständische Unternehmen sowie einen hohen Anteil von Digital-/Plattformökonomie geprägt. Wir haben überproportional viele Unternehmen ohne Tarifbindung und ohne Betriebsräte. Statistisch betrachtet arbeiten Vollzeitbeschäftigte in tariflosen Betrieben im Schnitte 54 Minuten mehr die Woche und bekommen dafür 11 Prozent weniger Lohn. Neben dem Gender-Pay-Gap müssen wir als besonders migrantisch geprägter Bezirk den Migration-Pay-Gap beklagen: Friedrichshain-Kreuzberger*innen mit Migrationshintergrund haben im Schnitt ein um mehr als 400 Euro monatlich geringeres Nettoeinkommen.

Wie viele Arbeitnehmer*innen nutzen das Beratungsangebot und was wird da angefragt?
Ich habe monatlich zwischen zehn und 20 Anfragen, ein großer Teil betrifft Fragen rund um Corona-Arbeitsschutz und Auswirkungen der Pandemie. Ein zweites großes Thema ist Mitbestimmung und Fragen zur Betriebsratsgründung. Insgesamt ist das Spektrum breit: Es werden auch Themen wie Urlaubsansprüche, Home-Office oder Umgang mit Aggressivität am Arbeitsplatz angesprochen.

Was rätst du Beschäftigten, die im Betrieb Probleme haben?
Das kommt auf das Problem an. Manchmal gibt es klare rechtliche Vorgaben, manchmal bedarf es einer Verständigung mit Kollegen*innen und Vorgesetzten. Sicher ist es immer sinnvoll, Mitglied einer Gewerkschaft zu sein: sowohl für den Arbeitsrechtsschutz als auch für den solidarischen Austausch mit anderen Gewerkschafter*innen.

Kannst Du ein Beispiel benennen, wie das Bezirksamt auf deine Initiative hin aktiv geworden ist?
Anlässlich der aktuell stattfindenden Betriebsratswahlen ruft das Bezirksamt zur Gründung von Betriebsräten auf und hat die Info-Veranstaltung »Wie gründen wir einen Betriebsrat?« bei Schul-Catereren, Reinigungsfirmen, Trägern von Familienzentren und Jugendclubs beworben. Im vergangenen Jahr wurden Maßnahmen für Zuwendungsempfangende beschlossen, u. a. werden zukünftig keine Minijobs mehr über Zuwendungen finanziert. Direkt für Beschäftigte habe ich auch weitere Veranstaltungen über Rechte im Minijob bis hin zu »How to Home-Office« angeboten.

Was steht in diesem Jahr noch an?
Aktuell organisiere ich Maßnahmen, um die aus der Ukraine geflüchteten Menschen über ihre Rechte und Ansprüche bei der Arbeitsaufnahme zu informieren. Im Sommer will ich zum ersten Mal einen Betriebs- und Personalräteempfang im Bezirk durchführen, um den Austausch zu verstärken und von der Expertise der Betriebsräte zu profitieren. Im Herbst wird der allgemeine Mindestlohn auf 12 Euro erhöht, leider zugleich auch die Minijob-Grenze. Im Zuge dessen will ich eine Info-Veranstaltung für Minijobber*innen durchführen und die Beratung für Minijobber*innen intensivieren.

Romana Wittmer
Beauftragte für Gute Arbeit

Telefon: (030) 90298 4819
E-Mail: gute-arbeit@ba-fk.berlin.de
Web: www.berlin/bga-fk

Kontaktieren Sie mich bei Fragen zum Beschäftigungsverhältnis, zu Entlohnung oder Arbeitsbedingungen! Betriebs- und Personalräte aus Friedrichshain-Kreuzberg erhalten auf Anfrage sehr gerne eine Einladung zum Betriebs- und Personalräte-Empfang.

Saubere Schulen – **anständige Löhne**

Für die Berliner LINKE war es ein wichtiger Verhandlungserfolg: Beim Abschluss des rot-grün-roten Koalitionsvertrages ist vereinbart worden, dass die Reinigung der Schulen in Berlin schrittweise rekommunalisiert wird. Das bedeutet, dass die Reinigungskräfte zum Öffentlichen Dienst gehören und nach Tarif bezahlt werden. Dadurch sollen endlich auch die Schüler wieder in sauberen Gebäuden lernen können.

Bisher schreiben die Bezirke die Reinigung an private Firmen aus. Den Zuschlag bekommt in der Regel, wer das billigste Angebot macht. Das hat zu einem Dumpingwettbewerb auf Kosten der Arbeitnehmerinnen in den Putzfirmen geführt. Sie sollen immer mehr Flächen in immer weniger Zeit reinigen. Das führt zu unbezahlte Überstunden und Unterschreitung des Mindestlohns.

Trotzdem reicht es meistens nicht für eine anständige Reinigung. Der unseriöse Unterbietungswettbewerb der Firmen führt dazu, dass die Schulgebäude oft in einem inakzeptablen Zustand sind. Vor allem die Schultoiletten sind oft unhygienisch schmutzig.

Deshalb wollen wir die Schulreinigung wieder in öffentliche Hand bringen. Die Reinigungskräfte sollen beim Land Berlin angestellt werden oder – noch besser – direkt in den Bezirken. Dafür müssen schrittweise Reinigungskapazitäten und die entsprechende Verwaltung aufgebaut werden. Geplant ist, dass die Rekommunalisierung zunächst in einigen Pilotbezirken startet und dann schrittweise ausgeweitet wird. In den laufenden Haushaltsberatungen wird DIE LINKE Druck machen, damit ausreichend Geld für die Umsetzung bereitgestellt wird.

+ + + GUTE ARBEIT + + + GUTE ARBEIT + + + GUTE ARBEIT + + + GUTE ARBEIT + + + GUTE ARBEIT + + + GUTE ARBEIT + +

+ + GUTE ARBEIT + + + GUTE ARBEIT + + + GUTE ARBEIT + + + GUTE ARBEIT + + + GUTE ARBEIT + + + GUTE ARBEIT + + +

Öffentliches Geld für Gute Arbeit

Was DIE LINKE in Berlin für die Beschäftigten durchsetzt

Gesundheit, Pflege, Einzelhandel, Reinigung, Logistik – egal in welchem Bereich, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer halten unsere Gesellschaft am Laufen. Wir wollen, dass sie und alle anderen Beschäftigten von ihrer Arbeit gut leben können. Arbeit soll für alle Menschen sicher, unbefristet, sinnvoll und tariflich bezahlt sein. Egal, ob sie im Blaumann oder im Pflegekittel, mit Wischmopp oder Laptop geleistet wird. Die Löhne müssen für ein gutes Leben und eine Rente reichen, die den Lebensstandard im Alter sichert.
Gute Arbeit durchzusetzen ist in erster Linie Aufgabe der Gewerkschaften. Aber die Politik muss vernünftige Rahmenbedingungen schaffen und Vorbild sein. Deshalb gehen wir in Berlin voran: Das Land Berlin kann als Arbeitgeber oder Geldgeber in vielen Bereichen die Arbeitsbedingungen direkt oder indirekt beeinflussen. Überall dort packen wir an, um prekäre Arbeit zurückzudrängen und unsere Stadt sozialer zu gestalten:

DIE LINKE setzt sich für

Gute Arbeit und faire Löhne

in Berlin ein

Höherer Landesmindestlohn:
Den Landesmindestlohn erhöhen wir von 12,50 Euro auf 13 Euro. Er gilt als absolute Untergrenze für landeseigene Unternehmen und bei Zuwendungsempfänger*innen. Das sind zum Beispiel Unternehmen, die Wirtschaftsförderung erhalten oder soziale Träger, die sich um die Schwächsten in der Gesellschaft kümmern. Gerade in diesen Zeiten eine spürbare Maßnahme und ein wichtiges Zeichen.

Öffentliches Geld nur für gute Arbeit:
Bei öffentlichen Aufträgen gelten klare Vorgaben: Öffentliches Geld soll nur an Unternehmen gehen, die auch nach Tarif bezahlen. Damit die Menschen, die für uns Kitas und Schulen bauen oder das Schulessen zubereiten, von ihrer Arbeit leben können. Als absolute Untergrenze werden wir zusätzlich auch den Vergabemindestlohn auf 13 Euro anheben.

Investitionen in gute Arbeit: Gastronomie, Hotellerie, Einzelhandel und die Veranstaltungsbranche haben besonders unter der Corona-Pandemie gelitten. Für sie gibt es jetzt ein millionenschweres Neustart-Programm. Wir haben dabei erstmalig die tarifliche Bezahlung als Voraussetzung für eine Förderung festgeschrieben, die geförderten Unternehmen müssen also alle ihre Beschäftigten nach der jeweils passenden Entgeltgruppe des Tarifvertrages der Branche bezahlen, um öffentliches Geld zu erhalten. Gefördert wird nur, wer nach Tarif bezahlt. Für uns eine Selbstverständlichkeit.

Gute Arbeitsbedingungen: Wir haben ein digitales Tariftreueregister eingeführt, bei dem man ganz einfach online Informationen aus mehr als 500 Tarifverträgen abrufen und vergleichen kann. Damit ist für Arbeitnehmer*innen, die öffentliche Aufträge abarbeiten oder in geförderten Unternehmen tätig sind, schnell und transparent ersichtlich, welche Bezahlung ihnen zusteht. Damit die Rechte nicht nur auf dem Papier stehen, sondern auch durchgesetzt werden können. Das ist Digitalisierung im Sinne der Beschäftigten.

Damiano Valgolio, Mitglied des Abgeordnetenhauses für DIE LINKE

Konzept: **Ahoi, Mitbestimmung!**

Klimawandel, Transformation und Digitalisierung verändern unsere Gesellschaft und die Arbeitswelt. Um die Herausforderungen zu meistern, braucht es mündige Beschäftigte und demokratische Mitbestimmung im Betrieb – heute mehr denn je. Mit dem Konzept »Ahoi, Mitbestimmung« hat die Bundestagsfraktion der LINKEN einen Dreiklang von notwendigen Maßnahmen erarbeitet, um die betriebliche Mitbestimmung zukunftsfest zu machen:

Kapitel I – Betriebsratswahlen erleichtern, Betriebsräte schützen
Wir benötigen Maßnahmen zur Beseitigung der weißen Flecken auf der Landkarte der betrieblichen Mitbestimmung. Hierzu sind Betriebsratswahlen auszuweiten, insgesamt zu erleichtern und insbesondere die erste Wahl eines Betriebsrats besonders zu fördern. Der Kündigungsschutz ist auf alle Organe der Betriebsverfassung auszuweiten, also auch auf die Initiatorinnen und Initiatoren von Betriebsratswahlen. Um effektiv Strategien gegen Union Busting aufzubauen, ist die bisherige Privilegierung der Arbeitgeber in der Betriebsverfassung aufzuheben. Sanktionen gegen Arbeitgeber und auf Union Busting spezialisierte Anwaltskanzleien sind zu verschärfen.

Kapitel II – Mitbestimmungsrechte ausweiten
Betriebsräte können bei entscheidenden Fragen der Arbeitsbedingungen entweder nicht mitentscheiden oder keine eigene Initiative ergreifen. Beispielsweise bei Personalausstattung, Qualifizierungsmaßnahmen oder dem Einsatz von Leiharbeit und Werkverträgen. Auch bei wirtschaftlichen Fragen dürfen sie nicht mitbestimmen. Hier sind Änderungen notwendig, die dem Betriebsrat als Interessenvertretung der Beschäftigten mehr Gestaltungsspielräume eröffnen. Nur echte Mitbestimmungsrechte garantieren, dass Betriebsräte Einigungen initiativ erzwingen können – zum Wohle der Beschäftigten.

Kapitel III – Demokratie im Betrieb ausbauen
Beschäftigte sind Expertinnen und Experten bei Fragen der Gestaltung ihrer Arbeit, ohne dabei die Rahmenbedingungen mitbestimmen zu können. Sie sind die eigentliche Macht-Ressource von Betriebsräten und Gewerkschaften. Vor diesem Hintergrund ist es dringend notwendig, die Rechte einzelner Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu stärken. Es geht um mehr direkte Demokratie im Betrieb: um Demokratie von unten, statt Stellvertreterpolitik – nicht als Ersatz für die institutionalisierte betriebliche Mitbestimmung, sondern als deren Ergänzung.

Ausblick
Damit der ökologische Umbau der Industrie und die Digitalisierung der Arbeit nicht zu Lasten der Beschäftigten geht, sind diese mehr in Entscheidungsprozesse einzubinden, als dies bisher der Fall ist. Wir wollen, dass Beschäftigte in Transformationsräten über die sinnvolle Verteilung von staatlichen Investitionsgeldern mitentscheiden können. So wird sichergestellt, dass die Interessen der Kolleginnen und Kollegen nach guter und fairer Arbeit nicht übergangen werden. Klimaschutz geht nicht ohne gute Arbeit – und gute Arbeit braucht echte Mitbestimmung.

Foto: Rasande Tyskar/flickr.com

Untersuchungsausschuss zum rechten Terror in Neukölln einsetzen!

DIE LINKE im Abgeordnetenhaus setzt sich für einen Untersuchungsausschuss zur rechten Anschlagsserie in Neukölln ein

Propagandadelikte, Sachbeschädigungen, Drohungen, bis hin zu Brandanschlägen – seit 2009 sind Menschen im Bezirk Neukölln, die sich gegen rechts engagieren, von einer rechtsextremen Terrorserie betroffen. Unter anderem unser jetziger Abgeordneter Ferat Koçak und seine Familie wurden 2018 Opfer eines lebensbedrohlichen Brandanschlages. Mutmaßliche Täter sind zwar ausgemacht und werden wohl noch 2022 vor Gericht stehen, doch die letztgültigen Beweise für ihre Täterschaft wurden bislang nicht ermittelt. Ebenso ist die Frage offen, ob und inwieweit weitere Personen an den 72 zur Tatserie gerechneten Straftaten beteiligt waren – als Mittäter:innen, Unterstützer:innen oder ideologische Wegbereiter:innen.

Das Handeln und die Versäumnisse und Fehler der Berliner Sicherheitsbehörden sind bislang nicht aufgeklärt. Ebenso wenig die Frage, wer wann welche Erkenntnis hatte. Unter anderem versäumte es das Berliner LKA im Vorfeld des Brandanschlags, Ferat Koçak über dessen Beobachtung durch zwei Neuköllner Neonazis zu informieren, die dem LKA bekannt geworden war. Auch beobachtete der Berliner Verfassungsschutz mutmaßlich einen LKA-Beamten bei einem Treffen mit einem Beschuldigten der Tatserie. Mögliche Verstrickungen von Polizeibeamten mit der rechtsextremen Szene stehen also im Raum.

Nicht zuletzt sind in den Jahren 2012 und 2015 auch zwei Tötungsdelikte zu beklagen – Burak Bektaş und Luke Holland – bei denen ein rechtsextremer Hintergrund jeweils sehr naheliegt, doch bislang nur völlig unzureichend ermittelt wurde. Zwar wurde im Fall Luke Holland ein Täter verurteilt, doch wurde möglichen Verbindungen zu Neonazis trotz Hinweisen nicht nachgegangen. Im Fall Burak Bektaş gelang es bislang nicht, einen Verdächtigen zu ermitteln.

Um mehr Licht ins Dunkel all dieser Vorgänge zu bringen, setzen wir gemeinsam mit der rot-grün-roten Koalition einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss ein. Dieser hat gesetzlich garantierte Rechte zur Aufklärung; er kann Akten einsehen, Zeug:innen befragen und Beweismittel erheben. Er soll insbesondere das Vorgehen der Sicherheitsbehörden, des Landeskriminalamtes, des Berliner Verfassungsschutzes und der Staatsanwaltschaften untersuchen. Sowohl die Polizei Berlin als auch der Verfassungsschutz verfügen über Erkenntnisse aus verschiedensten Maßnahmen, die der Untersuchungsausschuss auswerten muss. In den Antrag zur Einsetzung des Untersuchungsausschusses und den entsprechenden Fragenkatalog sind viele Anliegen der Betroffenen und Initiativen eingeflossen.

Der weitere Ablauf: Am 7.4. wird der Antrag die erste Lesung im Parlament haben, dann geht er zur Beratung in die Ausschüsse und danach zur zweiten Lesung und zum Beschluss wieder ins Parlament. Wenn alles klappt kann der Untersuchungsausschuss Ende Mai starten.

Jeden 3. Donnerstag im Monat von 14 bis 17 Uhr, im Roten Laden, Weidenweg 17

Kaffeetrinken mit den LINKEN

DIE LINKE Friedrichshain-Kreuzberg lädt zum politischen Nachmittag ein. Unter dem Motto »Kaffeetrinken mit den LINKEN« gibt es ab Mai 2022 jeden dritten Donnerstag im Monat von 14 bis 17 Uhr im Roten Laden, Weidenweg 17, frischen Kaffee, leckeres Gebäck und Raum, um in lockerer Atmosphäre über politische Themen zu diskutieren.

Die Corona-Pandemie hat viele persönliche Kontakte beschränkt und das Parteileben verändert. Präsenzveranstaltungen sind ausgefallen, Mitgliedertreffen wurden ins Digitale verlegt und regelmäßige Stammtische konnten nicht stattfinden. Mit der Lockerung der Maßnahmen soll auch das Parteileben der LINKEN Friedrichshain-Kreuzberg wieder in Präsenz stattfinden und dabei darf ein linkes Kaffeetrinken natürlich nicht fehlen!

Eingeladen sind alle Mitglieder und Sympathisanten der Partei DIE LINKE. Betreut werden die Treffen von Brunhilde Van hove, Mitglied des Bezirksvorstandes Friedrichshain-Kreuzberg und Anne Spiegelberg, Mitglied des Ortsverbandes Nordwest.

Es muss nichts mitgebracht werden, wer allerdings gerne Kuchen bäckt, braucht diesen auch nicht zu Hause lassen;-)

Wer Fragen hat, kann sich gerne bei der Geschäftsstelle der LINKEN Friedrichshain-Kreuzberg melden. Kontaktdaten befinden sich auf der letzten Seite.

Foto: Sascha Kohlmann/flickr.com

Neue Kontaktstelle eröffnet

Mit der »Kontaktstelle Kotti« hat ein niedrigschwelliger Anlaufort für suchtkranke Menschen am Kottbusser Tor eröffnet

Am 28. März 2022 war es endlich so weit: Nach umfassenden Umbauarbeiten konnte am Kottbusser Tor, in der Reichenberger Str. 176, ein zweites Gesundheits- und Sozialzentrum in unserem Bezirk eröffnet werden. Damit ist ein umfassendes Angebot genau dort entstanden, wo es gebraucht wird. Der Ausbau dieser niedrigschwelligen Möglichkeit ist ein wichtiger Baustein, um die Situation der betroffenen suchtkranken Menschen zu verbessern und effektive Hilfsangebote zu machen. Das neue Zentrum löst das bisherige mobile Angebot auf der Mittelinsel des Kottbusser Tores ab.
Suchtkranke Menschen erhalten hier die Beratung und Unterstützung, die sie benötigen. Sichere Drogenkonsumräume sind ein unverzichtbares Hilfsangebot für suchtkranke Menschen in unserer Stadt. Das Zentrum ist täglich von 11 bis 19 Uhr (außer Dienstag, dann erst ab 13 Uhr) geöffnet. Die Kontaktstelle der Fixpunkt gGmbH bietet vor Ort ein niedrigschwelliges Angebot, Aufenthaltsmöglichkeiten, Krisenintervention und eine medizinische Not- und Erstversorgung an. Es gibt Toiletten und Händewaschmöglichkeiten, gebrauchte Spritzen und Nadeln werden fachgerecht entsorgt. Detaillierte Informationen gibt es unter www.fixpunktggmbh.org/project/kontaktstelle-kotti-mit-drogenkonsumraum.
Zielgruppe des neuen Zentrums sind alle, für die das Kottbusser Tor Lebensmittelpunkt ist. Dazu zählen chronisch suchtkranke Menschen, Wohnungslose oder Drogengebrauchende mit Migrations- oder Fluchthintergrund. Den Nachbarinnen und Nachbarn steht die Einrichtung zur Information, Beratung und Unterstützung bei rund um das Zentrum auftretenden Problemen mit Drogenkonsum im öffentlichen Raum zur Verfügung. Das Gesundheits- und Sozialzentrum wird mit verschiedenen Akteuren unterschiedlicher Ebenen kooperieren. Am Standort sollen Sprechstunden verschiedener sozialer Träger angeboten werden. Dazu gehören zum Beispiel Suchtberatung, Wohnungslosenhilfe, Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekte und eine Rechtsberatung.

Die Eröffnung der »Kontaktstelle Kotti« war nur möglich, weil die Senatsverwaltungen Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung sowie die für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen gemeinsam mit dem Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg ressortübergreifend zusammengearbeitet haben. Das Quartiersmanagement direkt vor Ort hat darüber hinaus unterschiedliche Akteure vernetzt.

Foto: Solveig Schiebel

Regine Sommer-Wetter, Stadträtin für Jugend und Gesundheit in Friedrichshain-Kreuzberg

»Beim Ankommen unterstützen«

Interview mit dem Vorstandsmitglied Thomas Barthel des Vereins »Friedrichshain Hilft«.

Seit wann gibt es den Verein »Friedrichshain Hilft« und was war der Anlass der Gründung?
Der Verein entstand 2015, als viele Menschen aufgrund der Kriege in Syrien und Afghanistan nach Berlin flüchteten und der damalige SPD-CDU-Senat versagte, sie menschenwürdig zu versorgen.

Welche Aufgaben leistet ihr für Geflüchtete und mit wie vielen Haupt- und Ehrenamtlichen?
Wir sind alle ehrenamtlich. Aktuell leisten wir vor allem Netzwerkarbeit. Wir kennen die Strukturen vor Ort, die Hilfe anbieten und verbinden sie mit denen, die sie brauchen. Zudem unterstützen wir ein Team von Menschen aus dem pädagogischen Bereich, das für Kindern in einer Unterkunft Unterricht und Freizeitgestaltung organisiert.

Gibt es Unterschiede bei der ehrenamtlichen Arbeit zwischen 2015/16 und heute?
Manches ist gleich. Wir unterstützen die Menschen hier anzukommen. Also Sprache lernen, Wohnung, Arbeit, Kita- und Schulplätze zu finden, sich im Behördendschungel zurechtfinden. Das sind auch jetzt wieder die Aufgaben. Hilfreich ist, dass dieses Mal die Menschen größtenteils sofort als Geflüchtete anerkannt wurden und der mühsame Kampf mit den Asylbehörden darum sowie das Recht, die Familie nachzuholen, wegfällt. Leider gilt es nur für die Menschen aus der Ukraine und noch immer nicht für Menschen, die vor anderen Kriegen auf der Welt flüchten.

Wie sieht die Zusammenarbeit mit Land und Bezirk aus?
Der Bezirk hat schnell reagiert und berät sich mit »Kreuzberg hilft« und uns darüber, wo und welche Hilfe gebraucht wird. Daraus entstand u. a. die Idee eines Online-Meetings mit Menschen, die Geflüchtete bei sich zu Hause aufgenommen haben. Das war sehr hilfreich.

Vor welchen Herausforderungen steht ihr zurzeit?
Die Schwierigkeit ist vor allem, die vielen Menschen, die privat untergekommen sind, zu erreichen und mit den notwendigen Informationen und Hilfen zu versorgen. Es gibt einige Orte, wie das Geflüchteten-Café im Lovelite in der Haasestrasse, wo man die Menschen treffen kann, aber vieles läuft auch über soziale Netzwerke.

Wie kann man in FHain-XBerg euch unterstützen und mit was?
Gesucht werden überall gerade Menschen, die ukrainisch, russisch, notfalls auch polnisch sprechen. Außerdem Wohnraum, möglichst längerfristig. Für die Kids aus der Unterkunft suchen wir noch nach einer Turnhalle, wo sie einmal die Woche Sport machen können. Und natürlich freuen wir uns auch immer über finanzielle Spenden.

Angebote bitte an helfen@friedrichshain-hilft.de. Mehr Infos auf unserer Webseite: www.friedrichshain-hilft.de

Termine

Der Rote Laden
Weidenweg 17, 10249 Berlin
Telefon: 030/426 26 87
E-Mail: info@dielinke-fk.de

Bürozeiten:
Montag: 9–16 Uhr,
Dienstag & Donnerstag: 10–18 Uhr,
Mittwoch: 11 bis 18 Uhr, Freitag: Geschlossen

Veranstaltungen Mai/Juni 2022

Der Zugangslinks für die Onlineveranstaltungen können über die Mailadresse info@dielinke-fk.de angefordert werden.

Bezirksübergreifende Veranstaltungen
- 1.-Mai-Fest, Mariannenplatz (Kreuzberg), 12–18 Uhr

Ortsverband Friedrichshain Südost
Mitgliederversammlung:
Montag, 02.5., 16.5., 20.06., 19 Uhr

Ortsverband Friedrichshain Nordost
Mitgliederversammlung: Do., 19.5. und 16.6., 19 Uhr, Roter Laden
Aktions- und Ideenwerkstatt: Do., 5.5., 2.6. 19 Uhr, Roter Laden

Ortsverband Friedrichshain West
Mitgliederversammlung:
Stammtisch: Donnerstag, 12.5., 19 Uhr, Prager Hopfenstube
Hoffest: 14.5. bei Kiezoase im Barnimkiez
»KaffeeTrinken mit den LINKEN«,
Donnerstag, 19.5. und 16.6.,
14 bis 17 Uhr, Roter Laden

Ortsverband Kreuzberg
Mitgliederversammlungen:
Donnerstag, 5.5. und 2.6. (Präsenz) jeweils 19 Uhr, im Familiengarten, Oranienstr. 34
Social Media AG: 18.5., 15.6., 19 Uhr im Bürgerbüro Eralp/Meiser, Zeughofstr. 22

AK Rote Beete
für sozial-ökologischen Umbau
Monatliche Treffen: mittwochs 12.5. und 9.6., 18.30 Uhr im Bürgerbüro Eralp/Meiser, Zeughofstr. 22

Bürgerbüro Steffen Zillich,
Mitglied des Abgeordnetenhauses
Weidenweg 17, 10249 Berlin
Telefon: 030/42801476
E-Mail: buero@zillich.berlin

Bürgersprechstunde: Auf Anfrage

Kostenlose Miet- und Sozialrechtsberatung mit Rechtsanwalt Gerd-Peter Junge und Kolleg*innen (Anmeldung erforderlich)
Do., 12.5., 15.30–17.30 Uhr
Do., 09.6., 15.30–17.30 Uhr

Bürgerbüro Pascal Meiser, MdB
Zeughofstraße 22, 10997 Berlin
E-Mail: pascal.meiser.wk@bundestag.de

Bürger*innensprechstunde:
Do., 05.5., 16.00–17.30 Uhr, Roter Laden
Do., 16.6., 16.00–17.30 Uhr, Wahlkreisbüro

Anwaltliche Erstberatung:
Mi., 18.5., 16.00–18.00 Uhr, Wahlkreisbüro
Mi., 15.6., 16.00–18.00 Uhr, Wahlkreisbüro

Wahlkreisbüro Elif Eralp, MdA
Zeughofstraße 22, 10997 Berlin
Telefon: 030/69507925
E-Mail: buero@elif-eralp.de

Öffnungszeiten: Montag 10–16 Uhr und mittwochs von 12–18 Uhr

Migrationserstberatung:
03.05., 07.06. jeweils um 16–18 Uhr

Kontakt Damiano Valgolio, MdA
DIE LINKE Friedrichshain-Kreuzberg
Weidenweg 17, 10249 Berlin
Telefon: 0179-5454784
E-Mail: wahlkreis@valgolio.de

Bürgersprechstunde: Mi. 18.5. und Mi. 22.6. jeweils von 16.30 Uhr–18.00 Uhr, um Anmeldung wird gebeten

Autobahn-Ausbau stoppen – A100 zurückbauen!

Der geplante Weiterbau der A100 ist aus der Zeit gefallen und widerspricht den klima- und wohnungsbaupolitischen Zielen von Bund und Berlin

Vor kurzem verkündete das FDP-geführte Bundesverkehrsministerium (BMDV), dass der 17. Bauabschnitts der Berliner Autobahn A100 weitergebaut werden soll. Für Berlin bedeutet das, dass künftig zwischen dem Treptower Park über Friedrichshain bis zur Storkower Straße eine Autobahn führt – mitten durch die Stadt. Als Begründung nennt das Verkehrsministerium den Irrglauben, wonach die geplante Autobahn den Verkehr um die Innenstadt herum lenken könne. Das Argument ist allerdings nicht tragfähig: Die angrenzenden Regionen bleiben von An- und Abreisen betroffen. Autobahnen führen in Innenstädten lediglich zu einer Verlagerung des Verkehrs. Wo sich der Verkehr aktuell also sowieso schon staut, will der Bund für noch mehr Verkehr sorgen, so wie es in den 1990er Jahren beschlossen wurde.

Die amtierende Landesregierung aus SPD, Grüne und LINKE hatte im Koalitionsvertrag beschlossen, den Weiterbau der A100 zu stoppen. Dass das Bundesverkehrsministerium den Bau nun doch fortsetzen kann, liegt an der 2018 gegründeten Autobahn GmbH, die seit 2021 für Planung, Bau, Betrieb, Erhaltung, Finanzierung und vermögensmäßige Verwaltung der Autobahnen in Deutschland zuständig und dem BMDV unterstellt ist. Um den Weiterbau der A100 zu verhindern, hat sich bereits vor über zehn Jahren das »Aktionsbündnis A100 stoppen!« gegründet. Das Netzwerk aus Berliner Initiativen und Aktiven, das sich für eine nachhaltige, menschengerechte und ökologische Stadtentwicklung und Verkehrspolitik einsetzen, kritisiert vor allem, dass die Stadtautobahn A100 Wohnraum zerstört und gewachsene Kieze durchschneidet. Neben 300 Gärten, also über 12 Hektar Stadtnatur, wurden für die Verlängerung nach Treptow bereits fünf Gebäude abgerissen. Ohne der Klage des Bündnisses vor dem Bundesverwaltungsgericht wären es sogar doppelt so viele Häuser gewesen. Trotzdem mussten mehr als 100 Menschen ausziehen. Vor allem Familien mit Kindern finden in Berlin nur sehr schwer bezahlbare Wohnung. Sollte die A100 weiter gebaut werden, müssten noch deutlich mehr Menschen aus ihren Wohnungen verdrängt werden.

Auch aus sozialpolitischer Perspektive macht die A100 keine gute Figur. Das Aktionsbündnis zeigt auf, wie die geplante Autobahn eine Schneise der Armut ziehen wird. Dabei bezieht es sich auf eine Studie des TOPOS-Instituts, die zeig, je näher Wohngebäude an der Stadtautobahn stehen, umso schlechter ist ihr Erhaltungszustand. Trotzdem sind die Mieten auch direkt an der Stadtautobahn nicht besonders niedrig. Dafür ist die Arbeitslosigkeit dort fast doppelt so hoch wie in Wohngebieten ohne Autobahn vor der Haustür. Die an der Stadtautobahn wohnenden Menschen, die nicht arbeitslos sind, haben im Durchschnitt deutlich geringere Einkommen beziehungsweise niedrigere Renten. Sie haben ein um fast 50 Prozent höheres Armutsrisiko, besitzen oft selbst kein Auto und können es sich nicht leisten, wegzuziehen.

Eine Autobahn mitten durch eine Großstadt zu planen, ist rückwärtsgewandt und nicht mehr zeitgemäß. Allein auf der Fläche der geplanten A100-Erweiterung könnten 8.800 Wohnungen für bis zu 22.000 Menschen entstehen. DIE LINKE. Berlin hat deshalb im April 2022 auf ihrem Landesparteitag den Bundestag aufgefordert, den 17. Bauabschnitt aus dem Bundesstraßengesetz ersatzlos zu streichen. Weiterhin fordert DIE LINKE. Berlin die Rückübertragung der Planfeststellungsbehörde vom Bund an das Land Berlin. Zusammen mit dem Aktionsbündnis »A100 stoppen!« werden wir mit allen Mitteln versuchen, den Weiterbau der Stadtautobahn zu stoppen.

Foto: Ben Gross

Karolin Behlert
Mitglied der BVV in Friedrichshain-Kreuzberg und im Ausschuss für Umwelt- und Naturschutz, Grünflächen und Klimaschutz

BITTE UNTERSTÜTZE DIE LINKE IN FRIEDRICHSHAIN-KREUZBERG AKTIV!

Mitglied werden unter
www.die-linke.de/mitmachen/mitglied-werden

Spenden an DIE LINKE LV Berlin
IBAN: DE59 100708480525607803
Betreff: Spende FK + Name + Adresse

DIE LINKE.
Friedrichshain-Kreuzberg

Impressum:
Redaktionsschluss: 18. April 2022
Herausgeberin: DIE LINKE. Friedrichshain-Kreuzberg, Tel: 030/426 26 87
www.dielinke-fk.de
www.facebook.com/DIELINKE.FK
info@dielinke-fk.de
Redaktion: Yvonne Hein (V.i.S.d.P.), Damiano Valgolio

Kontakt Fraktion DIE LINKE. in der BVV Friedrichshain-Kreuzberg:
Yorckstraße 4–11, 10965 Berlin
Telefon: (030) 90298-2599
E-Mail: fraktion@linke-kommunal.de